

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Stefan Schuster, Dr. Thomas Beyer, Annette Karl, Bernhard Roos, Helga Schmitt-Bussinger, Inge Aures, Reinhold Perlak, Harald Schneider, Volkmar Halbleib, Natascha Köhnen, Harald Güller, Franz Maget** und **Fraktion (SPD)**

Rauchwarnmelderpflicht zügig umsetzen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die gesetzliche Verpflichtung, Rauchwarnmelder in Wohnungen einzubauen, wie dies in der Resolution des Landesfeuerwehrverbands Bayern, des Werkfeuerwehrverbands Bayern und der Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren in Bayern zum bundesweiten Tag des Rauchmelders gefordert wird, zügig umsetzt.

Begründung:

Jedes Jahr sterben in der Bundesrepublik Deutschland über 600 Menschen durch Brände bzw. Rauchvergiftungen, allein in Bayern jedes Jahr an die 50. Entscheidend ist es, einen Brand möglichst schnell zu entdecken, um Zeit für Brandmeldung und Brandbekämpfung sowie für eine eventuelle Flucht zu gewinnen. Dabei spielen Rauchmelder die entscheidende Rolle. Sie alarmieren frühzeitig, um den Tod durch Rauchvergiftung im Schlaf – der weitaus häufigsten Todesursache bei Bränden – zu verhindern. Durch die gesetzlich vorgeschriebene Installation von Rauchmeldern in Wohnräumen ließe sich die Zahl der Brandopfer in Bayern deutlich reduzieren.

Seit Jahren fordert deshalb die SPD-Landtagsfraktion eine gesetzliche Verankerung einer Rauchwarnmelderpflicht, um damit dem Schutz von Leben und Gesundheit für Menschen den gerechtfertigten Stellenwert einzuräumen. Bereits in der letzten Legislaturperiode wurde zu dieser Thematik die Forderung nach einer Änderung der Bayerischen Bauordnung gestellt. Auch im letzten Jahr hat die SPD-Fraktion einen Gesetzentwurf zur Einführung der Rauchwarnmelderpflicht eingebracht, der leider erst vor wenigen Wochen nach der 2. Lesung von CSU und FDP abgelehnt wurde.

Nun scheint jedoch aufgrund des Positionspapiers der Feuerwehren in die Thematik Bewegung gekommen zu sein, wie aus vielen Veröffentlichungen in der Presse und Radiointerviews, die der Staatsminister des Innern gegeben hat, zu entnehmen ist. Die Menschen in Bayern haben aber das Recht, dass den Worten nun auch Taten folgen.

Im Übrigen ist die Rauchwarnmelderpflicht bereits in neun Bundesländern gesetzlich vorgeschrieben, in zwei weiteren Bundesländern läuft derzeit das Gesetzgebungsverfahren.